



Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP.Die Liberalen

Frühlingsession des Nationalrates:

Notlösungen für KMU und Bevölkerung

Thürnen, 30. März 2021

Geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde und Kollegen

Eine anstrengende und von langen und hitzigen Diskussionen geprägte Session ging am 19. März zu Ende. Das Werk ist vollbracht, so könnte man den Kompromiss beim Covid-19-Gesetz bezeichnen. Das Parlament bewilligte viel Geld, um die Auswirkungen der Pandemie abzufedern. Mühe bereiteten dabei vor allem die von den Medien teils mangelhaften Betrachtungen von Vorstössen und Aussagen. Nicht zuletzt deshalb zog sich die Debatte am Montag der zweiten Woche auf über zehn Stunden in die Länge.

Covid-19-Gesetz ([21.016](#))

Das Covid-19-Gesetz verfolgt zwei Kernziele: die Legitimation der bundesrätlichen Massnahmen sowie die Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Covid-Pandemie. Über die Höhe der Härtefallhilfen wurde entsprechend heftig diskutiert. Beide Räte waren zeitlich unglaublich unter Druck. Die Ereignisse überschlugen sich. Im Wechselspiel mit dem Ständerat mussten wir in der Kommission und im Rat Entscheide fällen, aus zeitlichen Gründen meist ohne Rücksprache mit der Fraktion.

Es ist richtig, dass Massnahmen beschlossen werden, um die Menschen vor dem Virus zu schützen. Aber irgendwann müssen wir auch über ein Szenario sprechen, wie wir wieder aus dem Lockdown herauskommen. In diesem Zusammenhang möchte ich ein paar Dinge klarstellen:

- Mit meiner Zustimmung, ein Öffnungsdatum ins Gesetz zu schreiben, wollte ich möglichst starken Druck aufsetzen. Ich wollte dem Bundesrat klar machen, wie ernst die Lage bei den per Zwang geschlossenen Betrieben ist.
- Was ich vor allem kritisiere, ist die Tatsache, dass sich Bundesrat und BAG in Details verlieren und noch immer keinen Plan haben, wie sie das Land aus der Krise führen wollen. Solange wir die flankierenden Massnahmen wie Hygiene, Abstand, Masken, Testen, Impfen und Schutzkonzepte einhalten, muss eine neue Normalität möglich sein. Denn Mikroregulierungen schaffen vor allem Unsicherheit und Ungerechtigkeit. So ist wirklich nicht mehr nachvollziehbar, warum Restaurants und Gaststätten auch weiterhin geschlossen bleiben müssen.

- Dass die wissenschaftliche Taskforce eigenständige Medienkonferenzen veranstaltet, ist eine Sache. Dass die Taskforce dem Bundesrat widerspricht, und sich einzelne Mitglieder individuell und teils ebenfalls widersprüchlich äussern, geht einfach nicht. «Die Expertengruppen des Beratungsgremiums kommunizieren nicht selbständig nach aussen», steht im **bestehenden Vertrag** zwischen Taskforce und dem Eidgenössischem Departement des Innern. Dies ist wichtig, damit in der Kommission vertraulich gearbeitet werden kann – wie bei jeder Kommission. Die Rollenteilung muss klar sein. Das wurde dann polemisch kommentiert in den Medien, es war die Rede von «Putschversuch» und «Maulkorb» – gerade von jenen Journalisten, die natürlich jede Indiskretion dankend aufgreifen. Der Sache ist allerdings dennoch am besten gedient, wenn die Kommissionen in Ruhe arbeiten.

Die Menschen im Land haben genug von willkürlichen, staatlichen Zwangsmassnahmen. Der Staat soll sich wieder auf die Rahmenbedingungen konzentrieren und den Menschen ihre Freiheiten geben. Die Menschen wollen leben, sie wollen wieder normal arbeiten können. Unabdingbar dafür ist eine Impfstrategie, die der Schweiz würdig ist. Es kann doch nicht sein, dass wir als reiches Land Milliarden ausgeben (jeden Tag CHF 150 Mio.), um die Folgen der Pandemie abzufedern, auf der Gegenseite aber mit einem Mangel an Impfstoffen zu kämpfen haben.

Ich selbst habe mich stark gemacht und nachgefragt, wie die Impfstrategie aussieht ([21.7288](#)). Die Antwort war frustrierend. Das Ziel, das bis Ende Juni alle impfbereiten Personen, eine Impfung erhalten haben ist nur unter Bedingungen zu erreichen, wie der Bundesrat einräumt: Curevac und Novavax müssen zugelassen werden und alle Impfdosen müssen wie versprochen ausgeliefert werden. Hohe Fallzahlen oder logistische Fehlallokationen können das Ziel ebenfalls gefährden. Ich bin mit dieser Antwort des Bundesrates keineswegs einverstanden. Das sind viel zu viele Wenn und Aber und dies angesichts der Tatsache, dass andere Länder viel weiter sind als wir.

Auch die Kosten laufen aus dem Ruder: Mit dem nun geltenden Gesetz bewilligte das Parlament einen weiteren Verpflichtungskredit von 8,2 Milliarden Franken und stockte die Härtefallhilfen von 2,5 auf fast 12 Milliarden Franken auf. Unterstützung in Form von einfachem Erwerbsersatz erhalten nun auch selbständige Unternehmer, deren Umsatz infolge der Pandemie um 30 Prozent eingebrochen ist. Neu haben auch Firmen, die bis zum 20. Oktober 2020 gegründet wurden, Anspruch auf Entschädigung. Kurzarbeitsentschädigungen können rückwirkend noch beantragt werden mit einer Verwirkungsfrist. Das alles ist aber nur möglich, weil wir in den letzten Jahren vorsichtig und vorausschauend gewirtschaftet haben. Schon einen Tag nach den Schlussabstimmungen, am letzten Samstag, trat das revidierte Covid-19-Gesetz in Kraft. Im gleichen Zug schaffte das Parlament auch die gesetzliche Grundlage für einen Impfpass.

Impfkampagne und Produktion von Impfstoffen in der Schweiz (21.7034)

Mit der Begründung, keine Wirtschaftsförderung betreiben zu wollen, lehnte der Bundesrat die Suche nach Produktionsmöglichkeiten für Corona-Impfstoffe in unserem Land ab. Angesichts der Tatsache, dass das Impfen der einzige Weg aus der Krise ist, beurteilt die FDP dieses Vorgehen als unverständlich und skandalös. Im Rahmen der Fragestunde wollte ich wissen, warum sich die Landesregierung gegen eine schnellstmögliche Durchimpfung der Bevölkerung stellt.

Die Antwort, es werde schon Impfstoff in der Schweiz produziert, und es bestünde ein weiteres Projekt, bedeutet nichts weiter als eine Ausrede. Dies hat sich in den vergangenen Tagen noch verdichtet. Offensichtlich gab es ein Angebot der Lonza, der Bundesrat hat unverantwortlich gehandelt. Dies wird Konsequenzen haben. Das Parlament darf so ein Verhalten nicht akzeptieren und wir haben diesbezüglich eine Untersuchung in der GPK eingeleitet.

Revision Geldwäschereigesetz (19.044)

Schon zweimal habe ich darüber berichtet. Das Geldwäschereigesetz soll internationale Richtlinien widerspiegeln, dagegen gibt es nichts einzuwenden. Die Forderung, dass Anwälte, Notare und Treuhänder einer tiefgreifenden Sorgfaltspflicht hätten unterstellt werden sollen, konkret das Anwaltsgeheimnis und die Schweigepflicht der Treuhänderinnen und Treuhänder zur Makulatur geworden wären, ging zu weit. Erfreulicherweise verabschiedete der Nationalrat nun die Version des Ständerats. Das ist ganz im Sinne der Beraterbranche, die sich erfolgreich gegen eine überschüssige Regulierung gewehrt hatten. Das Gesetz wurde in der Schlussabstimmung schliesslich verabschiedet.

Eine positive Entwicklung zeichnet sich bei der Verlustverrechnung für Unternehmen ab (21.3001): Sie sollen künftig Verluste aus zehn statt sieben der Steuerperiode vorangegangenen Geschäftsjahren abziehen können. Das fordert der Nationalrat mit einer Motion. Er stimmte dieser Motion mit 117 zu 59 Stimmen bei 8 Enthaltungen zu. Heute können Unternehmen Verluste aus sieben der Steuerperiode vorangegangenen Geschäftsjahren abziehen. Dies kann dazu führen, dass Unternehmen einen Teil der Verluste nicht verrechnen können. Die Ratslinke lehnte den Vorstoss ab. Die entsprechende Motion geht nun an den Ständerat. Dieser Antrag wurde von der FDP in der WAK gestellt. Die Erstreckung der Verlustverrechnung ist eine konkrete Verbesserung der von der Corona-Krise betroffenen Unternehmen in der Phase der Erholung, wie es von der FDP bereits mehrfach gefordert wurde.

Auch in der Agrarpolitik sind wir weiter vorangekommen, denn viel zu viele Fragen sind noch offen und das Geschäft ist so nicht bereit: Nach dem Ständerat hat nun auch der Nationalrat die Agrarpolitik ab 2022 (20.022) sistiert. Die Diskussion über gesetzliche Grundlagen zur künftigen Ausrichtung der Agrarpolitik soll erst stattfinden, nachdem der Bundesrat in einem Postulatsbericht die geforderten Nachbesserungen und eine Auslegeordnung vorgelegt hat. Die Mehrheit der FDP-Fraktion hat sich für die Sistierung ausgesprochen, weil es Verbesserungen braucht und dafür mehr Erkenntnisse notwendig sind.

Zudem werden gewisse Anliegen bereits auf anderem Weg im Parlament umgesetzt. Der Zahlungsrahmen für die Landwirtschaft wurde jedoch gutgeheissen. Dieser erstreckt sich über die Jahre 2022 bis 2025 und umfasst insgesamt rund 14 Milliarden Franken.

Mit der parlamentarischen Initiative der Kommission für Wirtschaft und Abgabe des Ständerats «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren» wurde neben der Sistierung ein wesentlicher und emotionaler Teil aus der AP22+ hinaus gelöst und konnte dadurch an der Frühjahrssession fertig beraten werden. Ziel war die gesetzliche Verankerung eines Absenkpfadens mit quantifizierten Reduktionszielen. Vorgeschrieben wird neu, dass die Gefahren für Flüsse und Seen, naturnahe Lebensräume und als Trinkwasser genutztes Grundwasser reduziert werden sollen. Bis fast zuletzt gab es zwei sehr bestrittene Punkte, wofür schliesslich auch eine Einigungskonferenz notwendig war. In der bereinigten Vorlage wurde gestrichen, dass die Kantone verpflichtet werden, bis 2035 zusätzliche Zuströmbereiche von Grundwasserfassungen zu bezeichnen. Aufgenommen wurde jedoch die Offenlegungspflicht für Nährstofflieferungen an Landwirtschaftsbetriebe, wofür der Nationalrat auf den Kompromissvorschlag des Ständerates umschwenkte. Die Detailberatung hat dazu geführt, dass die Vorlage in einigen Punkten viel weiter gegangen ist als ursprünglich angedacht. Die FDP unterstützte jedoch grundsätzlich die Kommissionsinitiative, denn dadurch wird ein berechtigtes Anliegen der Bevölkerung zur Reduktion der Risiken des Pestizideinsatzes für die Natur und Gesundheit aufgenommen und das Projekt ermöglicht es zugleich die zu extremen für den Sommer angesetzten Volksinitiativen in diesem Bereich guten Gewissens abzulehnen.

In den kommenden Wochen brauchen wir wohl noch etwas Geduld. Aber seien Sie versichert: Wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier bleiben dran. Oberstes Ziel ist eine geordnete und rasche Rückkehr ins normale Leben. Schon anfangs Mai trifft sich der Nationalrat wieder zur Sondersession ([Sessionsprogramm](#)) – der Ärger über die Fehler in der Arbeit der Landesregierung werden Konsequenzen haben.

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Unterstützung und wünsche Ihnen schon heute schöne Ostertage – immerhin mit zehn statt nur fünf Personen.



Daniela Schneeberger

Nationalrätin FDP BL

Kontakt:

daniela.schneeberger@parl.ch

www.danielaschneeberger.ch

www.parlament.ch

